



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 167. Ratssitzung vom 10. Dezember 2025

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2025/391, Antrag 041. und Postulat GR Nr. 2025/532

Gemeinsame Behandlung der Anträge 041. und 042. (Postulat GR Nr. 2025/532)

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Ich begründe, warum die Grüne-Fraktion sich bei diesem Antrag enthält. Wie in den Vorjahren haben wir in der Fraktion nicht alle die gleiche Meinung. Wir haben daher Stimmfreigabe beschlossen. Grundsätzlich teilen wir die Analyse des Stadtrats, dass die Arbeitslast bei der Polizei hoch ist und die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen. Einige Massnahmen wurden schon in die Wege geleitet. Ein Teil der Fraktion unterstützt den Vorschlag des Stadtrats, dass die Personalbestände des Polizeikorps schrittweise erhöht werden sollen und wird darum dem Kompromissantrag oder dem ursprünglichen Antrag des Stadtrats zustimmen. Der andere Teil der Fraktion ist überzeugt, dass der nachhaltigere Weg nicht in erster Linie eine personelle Aufstockung, sondern eine Reduktion der Einsätze ist. Wir haben uns schon darüber unterhalten, wie das umgesetzt werden soll, und ich kann auch auf das Postulat verweisen, das Luca Maggi (Grüne) vorgestellt hat. Wir haben Stimmfreigabe beschlossen.

Florian Utz (SP): Auch die SP stimmt zusammen mit der GLP für den Stellenkompromiss. Wir haben diesen bereits vor mehreren Jahren so kommuniziert. Wenn wir einen Kompromiss schliessen, dann ist es selbstverständlich, dass wir zu diesem Kompromiss stehen und nicht anders stimmen. Natürlich kann man argumentieren, dass das reale Nadelöhr bei der Stadtpolizei nicht die bewilligten Stellen seien, sondern diejenigen, die effektiv besetzt werden können. Könnte man alle durch den Gemeinderat bewilligten Stellen besetzen, gäbe es kein Problem bei der Anzahl der Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. Nichtsdestotrotz stehen wir zu unserem Wort und schaffen daher die neun zusätzlichen Frontstellen. Ich möchte noch ein Punkt ergänzen, ansonsten kann ich auf das Votum von Sven Sobernheim (GLP) verweisen. Zusätzlich bewilligen wir auch alle weiteren Stellen, die die Stadtpolizei beantragt. Das sind noch einmal 37 Polizeistellen, davon 20 für Personen in Ausbildung und 17 weitere Stellen, die teilweise direkt der Entlastung der Frontpolizei dienen. Wir haben insgesamt eine Stellenschaffung nach Antrag des Stadtrats von 54 Polizeistellen. Wenn der Stellenkompromiss durchkommt, haben wir eine Stellenschaffung von 46 Polizeistellen. Wir haben ein Wachstum, das deutlich über dem Bevölkerungswachstum liegt. Das stört mich persönlich überhaupt nicht. Ich



finde es richtig und wichtig, dass die Polizei genügend Ressourcen erhält. Mit den 46 Stellen macht die Stadtpolizei qualitativ und quantitativ einen grossen Schritt vorwärts.

Stephan Iten (SVP): Ich möchte an ein Zitat von Sven Sobernheim (GLP) erinnern. Jedes Mal, wenn wir über die Abschreibung von Postulaten diskutieren, sagt er uns, dass ein Postulat lediglich ein Prüfauftrag sei. Der Stadtrat muss es nicht unbedingt umsetzen, wenn er es geprüft hat. Das ist genau so ein Postulat, bei dem der Stadtrat gesagt hat, dass er es geprüft hat und so nicht umsetzen kann. Wir wissen haargenau, dass wir mehr Polizistinnen und Polizisten brauchen. Polizistinnen und Polizisten laufen am Anschlag, weil sie Überstunden leisten, weil sie an den Wochenenden arbeiten müssen und weil sie sehr selten Ferien machen können. Die Stadtpolizei hat einfach schlicht zu wenig Personal. Wenn man es damit begründet, dass die Stellen sowieso nicht besetzt werden könnten, stimmt das nicht. Die Stellen können besetzt werden, aber STR Karin Rykart hat klar gesagt, dass die Abwanderung ein riesiges Problem ist. Sie hat vergessen zu erwähnen, dass die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten keinen Rückhalt aus der Politik haben. Sie werden von eurer Seite ständig schlecht geredet und die Hassbotschaften auf den Fassaden sollen nicht entfernt werden. Wieso soll ich als Polizist noch Freude haben, in der Stadt zu arbeiten? Dass die AL sämtliche 17 Stellen bei der Frontpolizei streichen, dafür aber bei der Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) Stellen sprechen möchte, ist ein ideologischer Blödsinn. Anders kann man es nicht sagen. Das Postulat greift massiv ins operative Geschäft der Polizei ein. Das Problem sind nicht die Veranstaltungen, sondern die täglichen bewilligten und unbewilligten Demonstrationen insbesondere wenn diese noch während Grossanlässen stattfinden. Problematisch ist, wenn linke Autonome und die JUSO auf der Strasse Krawall machen. Die Polizei weiss selbst, wann und wo sie wie viele Polizisten einsetzen muss. Da braucht es keinen Luca Maggi (Grüne), der ihr vorschreibt, was sie zu tun hat. Die Polizisten geniessen eine intensive Ausbildung. Sie wissen haargenau, wie sie zu arbeiten haben. Luca Maggi (Grüne) sollte es als Sicherheitsverantwortlicher eigentlich besser wissen und nicht ständig auf der Polizei herumhacken.

Thomas Hofstetter (FDP): Das Postulat verlangt vom Stadtrat im Rahmen eines Pilotprojekts zu prüfen, wie die Stadtpolizei den Einsatz personeller Ressourcen bei Grossveranstaltungen und Demonstrationen reduzieren kann. Auf den ersten Blick klingt das Postulat sehr pragmatisch. Bei genauerer Betrachtung greift es jedoch direkt in den operativen Bereich der Polizei ein. Die Stadtpolizei selbst weiss aufgrund ihrer Fachkenntnis und Lagebeurteilung am besten, wie viele Ressourcen und Einsatzkräfte sie für welche Veranstaltungen stellen muss. Die Einsatzplanung ist ein hochkomplexer Prozess, der Risiken, Besucherzahlen, Erfahrungen aus vergangenen Jahren und vor allem die Sicherheitslage berücksichtigen muss. Gerade die Sicherheitslage hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren deutlich verändert. Die Terrorgefahr ist europaweit gestiegen, was auch in der Schweiz zu höheren Anforderungen zum Schutz von Menschenansammlungen führt. Es wäre schlicht fahrlässig, aus politischen Gründen weniger Ressourcen als sicherheitstechnisch geboten ist, einzusetzen. Die Polizeiführung hat keinerlei Interesse daran, an Veranstaltungen zu viele Ressourcen aufzuwenden. Die Polizei kämpft im Gegenteil seit Jahren mit Personalmangel, Überstunden und vielen Wochenenddiensten.



Das habt Ihr im Postulat selbst geschrieben. Niemand würde in der Einsatzplanung freiwillig mehr Personal als nötig einsetzen. Zu behaupten, man müsse politisch Druck machen, damit die Polizei vernünftig plane, ist falsch. Das Postulat beabsichtigt etwas anderes. Die beiden Unterzeichnenden haben wiederholt Vorstösse eingereicht, in denen es nicht um eine effiziente Einsatzplanung, sondern darum geht, die Polizei zu verkleinern. Das Postulat muss aus diesem Blickwinkel beurteilt werden. Wir sollten ideologische Ziele nicht über die Sicherheit der Bevölkerung stellen. Die operative Planung gehört in die Hände der Fachleute. Wenn wir im Rat anfangen, der Polizei vorzuschreiben, wie viele Einsatzkräfte für das Sechseläuten oder für eine Demonstration nötig sind, gefährden wir die Sicherheit und schaffen einen gefährlichen Präzedenzfall.

Sandra Gallizzi (EVP): *Als ich das Postulat gelesen habe, musste ich den Kopf schütteln. Ich habe mich gefragt, was die Postulantinnen und Postulanten damit erreichen wollen. Es entzieht sich meiner Kenntnis, was in ihren Köpfen vorging. Wisst ihr, wofür die Polizei in unserer Stadt zuständig ist? Die Polizei hat einen klaren Auftrag: die Aufrechterhaltung der Ruhe, der Schutz von Personen und Eigentum sowie die Gefahrenabwehr. Kurz gesagt, sorgt die Stadtpolizei für einen reibungslosen Ablauf in der Stadt und greift ein, wenn Sicherheit und Ordnung gefährdet sind. Wie soll die Polizei eingreifen, wenn sie nicht vor Ort sein darf oder nicht mit einer genügenden Personenzahl? Wie soll sie ihren Auftrag zum Schutz von Personen und Eigentum erfüllen, wie Gefahren abwehren? Der Schutz der öffentlichen Sicherheit in einem demokratischen Rechtsstaat muss durch zahlenmässig genügend und gut ausgebildetes Personal erfüllt werden. Es ist so, dass die Stadtpolizei seit mehreren Jahren über Personalmangel, Überstunden und viele Wochenendeinsätze klagt. Daran ändern wir aber nichts, wenn die Polizei ihre personellen Ressourcen an wiederkehrenden Grossveranstaltungen oder Demonstrationen senkt. Das kann langfristig nur geändert werden, indem man mehr Polizistinnen und Polizisten ausbildet, mit attraktiven Arbeitsbedingungen, mit Stellenerhöhungen und mit Rückhalt aus der Bevölkerung. Ich würde in unserer Stadt auch nicht Polizistin sein wollen. Die Bevölkerung wächst und mit ihr das Konfliktpotenzial. Damit braucht es auch mehr Personal bei der Polizei, das die Sicherheit in unserer Stadt gewährleisten kann. STR Karin Rykart hat plausibel erklärt, wieso die Stellen beantragt werden, obwohl sie nicht besetzt werden können. Mich nähme Wunder, was man im Rat hören müsste, wenn die Polizei nicht zur richtigen Zeit am richtigen Ort wäre. Wir sind der Meinung, dass die Polizei am besten einschätzen kann, wo und wann wie viel Personal eingesetzt werden soll. Es ist nicht an uns, ihnen reinzureden, wie sie ihre Einsätze mit welchen personellen Ressourcen zu planen haben. Selbstverständlich sind wir für die Schaffung der beantragten Stellen. Das Postulat lehnen wir dezidiert ab.*

Markus Knauss (Grüne): *Wir diskutieren Jahr für Jahr das gleiche Thema mit den gleichen Argumenten und dem immer gleichen Resultat. Ob wir heute 9, 17 oder 25 Stellen bewilligen, es gibt keine zusätzlichen Stadtpolizistin und keinen Stadtpolizist. Man muss sich Gedanken machen, was die generelle Lage ist. Zürich ist keine Insel, auch bei der Polizei nicht. Wir haben in der Schweiz generell einen Fachkräftemangel. Wenn die Kantonspolizei ausbaut oder wenn der Kanton Aargau 400 neue Stellen schafft, dann hat das einen Einfluss auf die Rekrutierung der Stadtpolizei. In dieser Situation muss*



man pragmatisch vorgehen. Einige Punkte wurden schon erwähnt. STR Karin Rykart hat auf das neue Arbeitszeitmodell verwiesen, in dem der Fünferturnus durch einen Sechserturnus ersetzt wird. Ich bin gespannt, ob das etwas bringt. Das Ziel ist, dass die Leute vor Ort sind, wenn wir viele Leute brauchen, und nicht am Montagmorgen, wo es nicht ganz so viele braucht. Wir haben gehört, dass die Aspirantenstellen ausgebaut werden. Das ist zentral. Im Jahr 2025 hatten wir 70 Stellen, im Jahr 2027 sollen es 115 sein. Da passiert vieles. Der einzige neue Punkt aus einer Präsentation in der Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr (SK SID/V) ist die Zahl der Abgänge. Diese Zahl ist seit dem Jahr 2022 massiv angestiegen. Ich meine, dass sich die Stadtpolizei überlegen muss, wie man das bisherige Personal halten kann. Die Stadtpolizei ist nicht per se unattraktiv. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass Rückkehrer und Quereinsteiger seit dem Jahr 2022 relativ stark zugenommen haben. Vielleicht muss man auch mit unkonventionellen Ideen arbeiten. Wenn Luca Maggi (Grüne) und Tanja Maag (AL) sagen, dass man sich bei planbaren Grossveranstaltungen überlegen soll, ob man mit weniger Personal auskommt, dann ist das eine prüfenswerte Idee. Das spannende daran ist, dass das der Sicherheitschef des FC Zürich sagt, also mithin einer der grösseren Kunden der Stadtpolizei. Man muss sich überlegen, damit ernsthaft umzugehen, vor allem weil die beiden in der Begründung sagen, dass sie die politische Verantwortung dafür übernehmen. Das finde ich einen interessanten neuen Ansatz, den man prüfen sollte. Daneben gibt es Soft-Faktoren. Luca Maggi (Grüne) hat einmal in einem Interview gesagt, dass wir eine kluge, verhältnismässige und zukunftsfähige Stadtpolizei brauchen. Dafür braucht es das entsprechende Personal. Mir wäre es wichtig, dass die Stadtpolizei im links-grünen Umfeld auch attraktiv wäre. Wenn man die Stigmatisierung der Stadtpolizei immer weiter vorantreibt, werden wir genau die klugen und verhältnismässig agierenden Personen nicht bekommen. Ich würde mir eine Stadtpolizei wünschen, die zu dieser Stadt passt. Wir sollten uns auch auf unserer Seite überlegen, wie wir das erreichen.

Reis Luzhnica (SP): Das Postulat trifft einen wichtigen Punkt: den des Personalman- gels. Als ich es gesehen habe, habe ich mich einerseits gefreut und andererseits war ich etwas neidisch, dass ich nicht auf diese Idee gekommen bin. Ich finde es sehr treffend. Es zeigt, dass man von linker Seite bemüht ist, eine gute Lösung für die Stadtpolizei zu finden. Wir wollen, dass alle städtischen Angestellten gleichgestellt sind und keine unnö- tigen Überstunden machen. Wir konnten auf einer Nachtpatrouille, bei der wir als Ge- meinderätinnen und Gemeinderäte mitfahren durften, die Stadtpolizist*innen selber fra- gen – und das ist wichtig, weil die Kantonspolizist*innen ja vielleicht eine andere Sicht haben – was der Grund für den Personalmangel ist. Uns wurde bestätigt, dass einer- seits die übermässigen Überstunden und andererseits der übermässige Ordnungsdienst den Job unattraktiv machen. Der Ordnungsdienst ist am Anfang der Karriere vielleicht noch interessant, weil er etwas Action bringt. Ich könnte mir vorstellen, dass man diesen Aspekt attraktiv findet. Aber mit zunehmendem Alter kann ich mir gut vorstellen, dass man lieber in Landgemeinden zur Polizei geht oder zur Kantonspolizei, wo man andere Möglichkeiten hat, sich beruflich weiterzuentwickeln und wo man nicht immer an der Front steht. Ich glaube, das ist es, was den Job langfristig unattraktiv macht. Das Postu-



lat will genau diesem Missstand entgegenwirken. Die Polizei ist daran interessiert, Überstunden abzubauen. Das wissen wir und das hören wir immer wieder. Der Polizeikommandant will auch Überstunden abbauen. Es ist weder politischer Druck noch will das Postulat operativ mitreden, wie gesagt wurde. Die Sicherheitseinschätzung liegt am Schluss immer bei der Polizei. Wir senden ein politisches Signal an die Polizei und stärken ihr mit diesem Postulat politisch den Rücken, um die Überstunden abzubauen.

Moritz Bögli (AL): *Die Stellensituation bei der Stadtpolizei ist angespannt. Das ist im Rat unbestritten. Ob Sie 9 oder 17 Stellen sprechen oder gar keine, spielt überhaupt keine Rolle. Wenn Sie bei 90 unbesetzten Stellen 17 neue schaffen, macht das absolut keinen Unterschied. Deshalb ist es richtig zu schauen, wie man mit dieser Problematik umgehen könnte, wenn man diese Stellen nicht besetzen kann. Gemessen an ihren Voten haben viele in den rechten Parteien das Postulat nicht wirklich gelesen. Wir sagen nicht, dass die Polizei an Grossveranstaltungen kein Personal mehr einsetzen dürfe. Es geht darum, das in einem Pilotprojekt zu testen, mehr ist es nicht. Man muss sich fragen, worum es wirklich geht. Ihre Voten zeigen, dass sie selber nicht so oft an Kundgebungen oder Demonstrationen teilnehmen. Ich kann mich an Kundgebungen am Werdmühleplatz direkt neben der Urania-Wache erinnern, wo ein Dutzend Stadtpolizist*innen im Auto daneben gewartet haben. Vielleicht gab es Gründe dafür, ich weiss es nicht. Von aussen wirkt das neben der Hauptwache speziell. Wir wollen, dass die Stadtpolizei effektiv die sicherheitsrelevante Arbeit machen kann, die sie machen muss. Darum ist es richtig zu prüfen, ob man bei planbaren Ereignissen etwas herunterschrauben kann.*

Andreas Egli (FDP): *Wir sind uns alle einig, dass eine Situation wie in Höngg – wo jemand im Tram belästigt wurde, man den Beschuldigten dingfest machen, die Polizei aber nicht kommen konnte – unhaltbar ist. Es ist aber auch unhaltbar und etwas naiv, wenn man die Polizeidichte der Stadt mit dem schweizweiten Durchschnitt vergleicht. Dann vergleicht man auch mit Gemeinden wie Fischenthal oder Agasul, die nicht für ein intensives Nachtleben bekannt sind. Sie sind auch nicht bekannt für regelmässige Fussballspiele, die die grösste Gefährdung für Krawall in der Stadt ausmachen. Sandra Gallizzi (EVP) hat vom Versagen der Polizei geredet. Dem muss ich widersprechen. Es ist ein Versagen der Politik und nicht der Polizei, wenn das eintritt. Wir sind nicht das erste Jahr daran, bei zusätzlich beantragten Polizeistellen nur einen kleinen Teil zu bewilligen. Es ist auch ein Versagen der Politik, wenn bis jetzt zusätzliche Ausbildungsplätze nicht besetzt wurden. Stigmatisierung der Stadtpolizei wäre richtig gewesen und nicht Stigmatisierung durch die Stadtpolizei. Ihr seid diejenigen, die regelmässig schlecht kommunizieren. Immer, wenn es irgendwo ein Problem gibt, ist primär die Polizei schuld – auch wenn letztlich eine Chaotendemonstration stattgefunden hat. Das führt natürlich beim einen oder anderen Mitarbeiter der Stadtpolizei dazu, dass er sich fragt, ob er für diese Gruppierung, die Sie hier vertreten, seinen Kopf hinhalten will. Soweit mir bekannt ist, gibt es bei der Kantonspolizei keinen Personalmangel. Auch wir hätten gerne etwas weniger Ordnungsdienst für unsere Polizei. Sagen Sie das bitte den Fussballkrawallanten und den Profidemoagitatoren. Reis Luzhnica (SP) fand, dass sie die Interessen der Polizei stärken würden. Das kommt mir vor, wie wenn der Fuchs den Rücken der Hühner stärken will, wenn er im Stall ist. Insgesamt werden die Stellen gebraucht. Es sind auch*



nicht so viele, wie der Vertreter der SP kommuniziert hat. Er hat einfach die Ausbildungsplätze für zukünftige Frontpolizisten und -polizistinnen dazugezählt. Das ist auch eine gewisse Form von Lauterkeit oder eben unlauter. Zum «Krawallfreipasspostulat» muss ich nicht viel sagen. Es ist eine spezielle Form von Überheblichkeit, wenn einzelne Parlamentarier das Gefühl haben, sie könnten den Job besser als die Stadtpolizei und das seien dort nur Luschen. Die Vorsteherin dieser Polizei, die hier im Rat sitzt, ist aus ihrer Sicht wahrscheinlich auch eine Flasche – aber das müssen Sie mit ihr ausmachen.

Luca Maggi (Grüne): Was ich von bürgerlicher Seite gehört habe, ist Polizeipolitik nach dem Modell der drei Affen: Man schaut nicht hin, man hört nicht hin und man redet über nichts. Wer die Polizei kritisiert, der sei ein «Krawallantenverharmloser», das Postulat ein «Krawallfreipass». Sorry, das ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten. Ich sage es noch einmal: Das Postulat fordert eine Auslegeordnung, wie man bei wiederkehrenden Grossveranstaltungen polizeiliche Ressourcen auch unter Einbezug der Veranstaltenden senken kann. Das ist im Interesse aller. Wenn wir bei Schriftlichen Anfragen zu Polizeieinsätzen fragen, wie viele Leute aus welchen Gründen im Einsatz waren, dann heisst es immer, die Frage könne aus polizeitaktischen Gründen nicht beantwortet werden. Private Veranstaltende, die sich an den Polizeikosten beteiligen müssen, erhalten eine detaillierte Abrechnung, wie viele Einsatzkräfte an welchen Einsätzen beteiligt waren. Das geht doch so nicht. Wir müssen, wenn wir mehr Stellen bewilligen sollen, auch über den polizeilichen Fokus oder gewisse Einsätze debattieren können. Wenn wir einfach sagen, dass die Polizeiführung sicher immer alles richtig mache, dann kommen wir nicht weiter. Dass die Polizei als Opfer inszeniert wird, stimmt überhaupt nicht. Wir bewilligen der Polizei auch mit diesem Budget erneut dutzende Mittel. Wir beschaffen neue Munition, wir machen Ersatzbeschaffungen von noch funktionierenden Geräten und wir bewilligen 9 zusätzliche Stellen, obwohl sie im nächsten Jahr sowieso nicht besetzt werden können. Ich finde die Prognose, dass man das bis ins Jahr 2030 schaffen wird, etwas gewagt. Ich glaube, dass das der Polizei nicht gerecht wird. Die Polizei sieht sich nicht als so grosses Opfer, wie sie von bürgerlicher Seite dargestellt. Die Polizei geht aus diesem Rat oft als Siegerin hervor, weil wir alle Mittel sprechen, die sie beantragt. Wir fordern eine Debatte bei den Stellen, wo es um Grosseinsätze geht, die Ressourcen fressen. Dabei überlassen wir alle Details der Ausgestaltung der Polizeiführung. Wenn Sie uns dafür in eine radikale Ecke drängen wollen, obwohl das ein pragmatischer und gemässigter Vorstoss ist, der im Interesse aller sein sollte, dann sind wir in einer wenig zielführenden Debatte, in der nur das Parteiprogramm heruntergeleiert wird.

Samuel Balsiger (SVP): Als Luca Maggi (Grüne) den Vorstoss vorgestellt hat, hat er ganz oft und ganz deutlich betont, dass es nicht radikal gemeint sei. Das ist ein Hinweis darauf, welcher Gedanke dahintersteht. Der Sprecher der AL hat in einer sich überschlagenden Stimmlage gesagt, dass das nur ein Pilotprojekt sei und keine böse Absicht dahinterstecke. Was Sie eigentlich wollen, ist auf Englisch gesagt: «Defund the Police». Ihr wollt der Polizei in jeder Beziehung die Mittel entziehen, sei es mit Zetteln, die bei Kontrollen abgegeben werden müssen, sei es mit der Nichtbewilligung von Stellen oder sei es mit Nichtausrücken an Demonstrationen oder Krawallveranstaltungen des FC Zürich, wo Luca Maggi (Grüne) Sicherheitschef ist. Er dürfte einen solchen Vorstoss



gar nicht einreichen, weil er im Prinzip befangen ist. Sie wollen «Defund the Police». Das ist aber unattraktiv, weil die Bevölkerung sieht, dass die Sicherheit in dieser Stadt vor allem auch durch die Zuwanderung leidet. Es wäre nicht sehr naheliegend, vor den Wahlen zu sagen, dass Sie die Polizei schwächen wollen. Also bringen Sie schön verpackte Vorstösse, hinter denen Sie Ihre Absichten verstecken. Wir alle wissen, was Sie wollen. Sie wollen die Polizei schwächen und ihr Mittel wegnehmen. Es ist absurd, dass Sie sich als Beschützer der Polizei aufspielen wollen, während die Polizei wegen linker Demonstrationen und «Krawallgewalt» des FC Zürich überlastet ist. Das ist Ihre Seite. Die linke Seite und die Seite von Luca Maggi (Grüne) mit seinem Fussballverband sind die, die das ganze Problem verursachen. Es gibt keinen Bürgerlichen, der auf die Strasse steht, wenn die Polizei eine Kontrolle durchführt. Es bildet sich keine Gruppe von Bürgerlichen, die die Polizisten mit «Ganz Zürich hasst die Polizei» anschreit, sie bespuckt, sie in eine Hausecke drängt, auf sie einschlägt oder sie mit Eisenstangen und Molotowcocktails angreift. Das sind alles Ihre Leute. Sie sind die Verursacher des Problems und können sich nicht als Retter aufspielen, da Sie es noch nie geschafft haben, linksradikale Gewalt in diesem Rat zu verurteilen. Es ist verständlich, dass viele Polizisten in einem solchen Umfeld nicht arbeiten wollen. Warum sollen sie für solche Leute, die hier reden, den Kopf hinhalten? Zum Schluss kann man nur sagen: Herzlichen Dank an alle Polizisten in diesem Land, die ihre Arbeit machen und schauen, dass wir sicher sind.

Michael Schmid (AL): Schön, wie sich Samuel Balsiger (SVP) als Polizeifreund aufspielt und uns vorwirft, wir wollten der Polizei Mittel entziehen. Wir bewilligen Jahr für Jahr Mittel. Auch in diesem Budget sind wiederum viele Stellen, die wir völlig unbestritten schaffen wollen. Wir diskutieren lediglich über die Stellen in der Sicherheitsabteilung; wie sinnvoll es dort ist, die Zahl der unbesetzten Stellen noch weiter zu erhöhen. Die einzige Fraktion, die – seit ich im Rat bin, also seit bald vier Jahren – tatsächlich ein Mittelentzug bei der Polizei gefordert hat, also eine Reduktion des Korps, ist die SVP. Mit dem Postulat GR Nr. 2023/151 haben Sie gefordert, dass unbesetzte Stellen über die ganze Stadt im Folgejahr nicht mehr budgetiert werden dürfen. Das wäre ein Minus von 90 Stellen bei der Stadtpolizei. Wenn man anderen sagt, man wolle der Polizei Mittel entziehen, sollte man zuerst bei den eigenen Postulaten nachschauen. Dass es eine Scheindebatte ist, wurde bereits ausgiebig von anderen erwähnt. Die Stadtpolizei ist mit dem Problem der unbesetzten Stellen nicht allein. Die Kantonspolizei Zürich ist das einzige Korps im ganzen Land, das keine oder nicht übermässig viele unbesetzten Stellen hat. Den Vergleich der Polizeidichte machen wir nicht mit Fischenthal, Agasul oder einem schweizerischen Durchschnitt. Wir machen ihn mit anderen Grossstädten in der Schweiz, die ein eigenes Polizeikorps haben, nämlich mit Basel und Genf. Bereits jetzt hat die Stadt Zürich eine höhere Polizeidichte als diese zwei Städte. Wenn man vom mittleren Bevölkerungswachstum ausgeht, haben wir zum Zeitpunkt, zu dem die beantragte Erhöhung abgeschlossen wäre, immer noch eine gleich hohe Dichte, wie die anderen beiden bereits jetzt haben. Gleichzeitig haben Basel und Genf nicht noch eine Kantonspolizei, die einige kriminalistische Aufgaben übernehmen muss. Gleichzeitig haben sie Grenzschutzaufgaben. Das illustriert, dass wir im direkten Vergleich mit ähnlichen Städten bereits eine hohe Polizeidichte haben. Zusammen mit der Schwierigkeit,



Stellen zu besetzen, ist klar, dass es andere Massnahmen braucht. Dass mehr Leute ausgebildet werden sollen, ist völlig unbestritten. Der Rat inklusive aller Linken hat der Steigerung der Ausbildungsstellen letztes Jahr klar zugestimmt.

S. 229	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
041.	Antrag Stadtrat			239 699 100	Minderheit 1	Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)
		1 000 000		238 699 100	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		2 125 000		237 574 100	Minderheit 2	Tanja Maag (AL) Referat
					Enthaltung	Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Mehrheit: Bewilligung von 9 statt 17 neuen Frontstellen (Umsetzung des überwiesenen Postulats GR Nr. 2022/424) Minderheit 2: Kürzung der mit dem Budget 2026 beantragten 17 Stellen Uniformpolizei			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(239 699 100)	51 Stimmen
Antrag Mehrheit	(238 699 100)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(237 574 100)	<u>18 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 78 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.



9 / 9

5561. 2025/532

**Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom 12.11.2025:
Senkung der personellen Ressourcen der Stadtpolizei an wiederkehrenden
Grossveranstaltungen und Demonstrationen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/391, Beschluss-Nr. 5539/2025, Antrag Nr. 041.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5394/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 64 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat